

60611/1

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

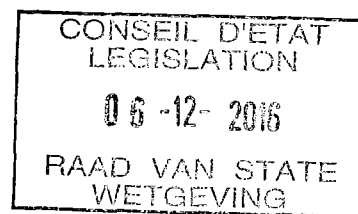
DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Familie zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:



**DEKRETVORENTWURF ZUR BILLIGUNG DES
ZUSAMMENARBEITSABKOMMENS VOM 17. JUNI 2016 ZWISCHEN DER FLÄMI-
SCHEN GEMEINSCHAFT, DER WALLONISCHEN REGION, DER GEMEINSAMEN GE-
MEINSCHAFTSKOMMISSION UND DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT
BEZÜGLICH DER UMSETZUNG INNERHALB DER GESETZGEBUNG DER FAMILIEN-
LEISTUNGEN DER RICHTLINIE 2011/98/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
UND DES RATES VOM 13. DEZEMBER 2011 ÜBER EIN EINHEITLICHES VERFAH-
REN ZUR BEANTRAGUNG EINER KOMBINIERTEN ERLAUBNIS FÜR DRITT-
STAATANGEHÖRIGE, SICH IM HOHEITSGEBIET EINES MITGLIEDSTAATS AUF-
ZUHALTEN UND ZU ARBEITEN, SOWIE ÜBER EIN GEMEINSAMES BÜNDEL VON
RECHTEN FÜR DRITTSTAATSARBEITNEHMER, DIE SICH RECHTMÄSSIG IN EINEM
MITGLIEDSTAAT AUFHALTEN**

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION

06-12-2016

RAAD VAN STATE
WETGEVING

INHALTSANGABE

Durch das vorliegende Dekret soll das Zusammenarbeitsabkommens vom 17. Juni 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten gebilligt werden.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Kommentar zu dem einzigen Artikel	5
Vorentwurf	6

Anlage

 Zusammenarbeitsabkommen vom 17. Juni 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten..... 7

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

1. Allgemeine Beschreibung

Dieses Zusammenarbeitsabkommen soll direkt die Kindergeldgesetzgebung abändern. Dies geschieht, da die durchgeführten Abänderungen als Änderungen von wesentlichen Elementen nach *Art. 94 §1bis Abs. 2 Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen* anzusehen sind und deshalb mittels Zusammenarbeitsabkommen eingebracht werden müssen.

Durch dieses Zusammenarbeitsabkommen wird die Richtlinie 2011/98/EU teilweise umgesetzt. Die Richtlinie ermöglicht es Drittstaatsarbeitnehmern, über ein einheitliches Verfahren eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu erhalten, und dient zur Feststellung einer deutlichen Reihe von Vorschriften für Drittstaatsangehörige, die rechtmäßig in der EU arbeiten oder arbeiten dürfen, damit sie gemeinschaftliche Rechte ähnlich wie die Rechte der EU-Bürger, unter anderem in Bezug auf die soziale Sicherheit, genießen können.



Konkret dürfen Drittstaatsangehörige, die rechtmäßig in der EU arbeiten oder arbeiten dürfen, in der sozialen Sicherheit keinen anderen Nationalitäts- oder Wohnortbedingungen unterliegen als Belgier oder Bürger der EU.

Bisher unterliegen innerhalb des Systems der allgemeinen Familienleistungen einige junge Berechtigte ausländischer Nationalität (z.B. minderjährige Kinder, Studenten, junge Arbeitssuchende) prinzipiell einer Bedingung von 5 Jahren effektivem Aufenthalt in Belgien. Jedoch gibt es bereits heute Ausnahmen für u.a. EU-Bürger, Staatenlose, Flüchtlinge, Personen mit subsidiärem Schutz.

Innerhalb des Systems der garantierten Familienleistungen gilt prinzipiell für alle Berechtigten ausländischer Nationalität eine Bedingung von 5 Jahren effektivem Aufenthalt in Belgien. Auch hier gelten dieselben Ausnahmen für u.a. EU-Bürger, Staatenlose, Flüchtlinge, Personen mit subsidiärem Schutz.

Zu diesen Ausnahmen werden durch das vorliegende Zusammenarbeitsabkommen in beiden Systemen der Familienleistungen die durch die Richtlinie betroffenen Drittstaatsangehörigen hinzugefügt.

Da das Wohnortkriterium nur in wenigen Fällen angewandt wird und aufgrund der bereits bestehenden Ausnahmen, hat das Hinzufügen dieser weiteren Ausnahme voraussichtlich begrenzte Auswirkungen auf die Familienleistungen.

2. Kommentar zu den Artikeln des Abkommens

Artikel 1 bedarf keines besonderen Kommentars.

Artikel 2 setzt die EU-Richtlinie im Allgemeinen Familienbeihilfengesetz vom 19. Dezember 1939 um und schließt die Drittstaatenangehörigen, auf die die Richtlinie angewandt wird, von der Wohnortbedingung für gewisse Berechtigte aus.

Artikel 3 setzt die Richtlinie im Gesetz vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen um und schließt die Drittstaatenangehörigen, auf die die Richtlinie angewandt wird, von der Wohnortbedingung für die Antragsteller aus.

Artikel 4 bestimmt, dass das Zusammenarbeitsabkommen aus praktischen und verwaltungstechnischen Gründen rückwirkend zum 1. Juli 2016, nach Genehmigung der zuständigen Gesetzgeber, in Kraft tritt.

KOMMENTAR ZU DEM EINZIGEN ARTIKEL

Einzigster Artikel

Der einzige Artikel bedarf keines besonderen Kommentars.

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'A' followed by a horizontal stroke.

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Billigung des Zusammenarbeitsabkommens vom 17. Juni 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten

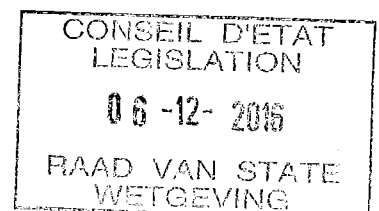
Einziger Artikel – Das Zusammenarbeitsabkommen vom 17. Juni 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, wird gebilligt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS



ANLAGE

Zusammenarbeitsabkommens vom 17. Juni 2016 zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten

Als Anlage separat beigelegt.



REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Op de voordracht van de Minister van Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Gezin is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 17 juni 2016 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap houdende omzetting in de gezinsbijslagwetgeving van de richtlijn 2011/98/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende één enkele aanvraagprocedure voor een gecombineerde vergunning voor onderdanen van derde landen om te verblijven en te werken op het grondgebied van een lidstaat, alsmede inzake een gemeenschappelijk pakket rechten voor werknemers uit derde landen die legaal in een lidstaat verblijven

INHOUD

Dit decreet heeft tot doel instemming te verlenen met het Samenwerkingsakkoord van 17 juni 2016 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap houdende omzetting in de gezinsbijslagwetgeving van de richtlijn 2011/98/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende één enkele aanvraagprocedure voor een gecombineerde vergunning voor onderdanen van derde landen om te verblijven en te werken op het grondgebied van een lidstaat, alsmede inzake een gemeenschappelijk pakket rechten voor werknemers uit derde landen die legaal in een lidstaat verblijven.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Bespreking van het enige artikel	5
Voorontwerp	6

Bijlage

Samenwerkingsakkoord van 17 juni 2016 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap houdende omzetting in de gezinsbijslagwetgeving van de richtlijn 2011/98/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende één enkele aanvraagprocedure voor een gecombineerde vergunning voor onderdanen van derde landen om te verblijven en te werken op het grondgebied van een lidstaat, alsmede inzake een gemeenschappelijk pakket rechten voor werknemers uit derde landen die legaal in een lidstaat verblijven	7
--	---

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

1. Algemene beschrijving

Dit samenwerkingsakkoord heeft tot doel de kinderbijslagwetgeving rechtstreeks te wijzigen. De reden daarvoor is dat het gaat om wijzigingen die beschouwd moeten worden als wijzigingen van essentiële elementen in de zin van artikel 94, § 1*bis*, tweede lid, van de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen die bijgevolg via een samenwerkingsakkoord moeten worden aangebracht.

Bij dit samenwerkingsakkoord wordt de richtlijn 2011/98/EU gedeeltelijk omgezet. De richtlijn maakt het voor werknemers uit derde landen mogelijk om via één enkele procedure een verblijfs- en arbeidsvergunning te verkrijgen en strekt ertoe een duidelijke reeks voorschriften vast te stellen voor onderdanen uit derde landen die legaal in de EU werken of mogen werken, zodat zij onder meer met betrekking tot de sociale zekerheid gemeenschappelijke rechten genieten die vergelijkbaar zijn met de rechten van EU-burgers.

Concreet mogen aan onderdanen uit derde landen die legaal in de EU werken of mogen werken, in de sociale zekerheid geen andere nationaliteits- of woonplaatsvoorwaarden gesteld worden dan aan Belgen of EU-burgers.

Tot dusver moeten een aantal jonge begunstigten van buitenlandse nationaliteit (bijvoorbeeld minderjarige kinderen, studenten, jonge werkzoekenden) in het stelsel van de algemene gezinsbijslagen principieel de voorwaarde van 5 jaar werkelijk verblijf in België vervullen. Er worden echter nu al uitzonderingen gemaakt, onder meer voor EU-burgers, staatlozen, vluchtelingen en personen met subsidiaire bescherming.

In het stelsel van de gewaarborgde gezinsbijslag geldt principieel voor alle begunstigten van buitenlandse nationaliteit een voorwaarde van 5 jaar werkelijk verblijf in België. Ook hier gelden dezelfde uitzonderingen voor onder meer EU-burgers, staatlozen, vluchtelingen en personen met subsidiaire bescherming.

Dit samenwerkingsakkoord zorgt ervoor dat die uitzonderingen in de beide stelsels van de gezinsbijslag ook gelden voor de onder de richtlijn vallende onderdanen uit derde landen.

Aangezien het woonplaatscriterium slechts zelden toegepast wordt en op grond van de reeds bestaande uitzonderingen, wordt verwacht dat het toevoegen van die extra uitzondering beperkte uitwerkingen op de gezinsbijslagen zal hebben.

2. Toelichting bij de artikelen van het samenwerkingsakkoord

Artikel 1 behoeft geen bijzondere toelichting.

Artikel 2 voorziet in de omzetting van de EU-richtlijn in de algemene kinderbijslagwet van 19 december 1939 en bepaalt dat de woonplaatsvoorwaarde niet van toepassing is op de onderdanen uit een derde land die onder de richtlijn vallen.

Artikel 3 zet de richtlijn om in de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag en bepaalt dat de woonplaatsvoorwaarde niet van toepassing is op de onderdanen uit een derde land die onder de richtlijn vallen.

Artikel 4 bepaalt dat het samenwerkingsakkoord om praktische en administratieve redenen uitwerking heeft met ingang van 1 juli 2016, na goedkeuring door de bevoegde wetgevers.

BESPREKING VAN HET ENIGE ARTIKEL

Enig artikel

Het enige artikel behoeft geen bijzondere toelichting.

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet houdende instemming met het Samenwerkingsakkoord van 17 juni 2016 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap houdende omzetting in de gezinsbijslagwetgeving van de richtlijn 2011/98/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende één enkele aanvraagprocedure voor een gecombineerde vergunning voor onderdanen van derde landen om te verblijven en te werken op het grondgebied van een lidstaat, alsmede inzake een gemeenschappelijk pakket rechten voor werknemers uit derde landen die legaal in een lidstaat verblijven

Enig artikel – Instemming wordt verleend met het Samenwerkingsakkoord van 17 juni 2016 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap houdende omzetting in de gezinsbijslagwetgeving van de richtlijn 2011/98/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende één enkele aanvraagprocedure voor een gecombineerde vergunning voor onderdanen van derde landen om te verblijven en te werken op het grondgebied van een lidstaat, alsmede inzake een gemeenschappelijk pakket rechten voor werknemers uit derde landen die legaal in een lidstaat verblijven.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

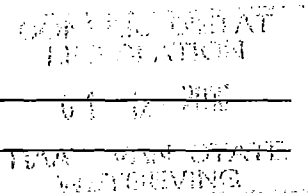
De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. A. ANTONIADIS

BIJLAGE

Samenwerkingsakkoord van 17 juni 2016 tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap houdende omzetting in de gezinsbijslagwetgeving van de richtlijn 2011/98/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende één enkele aanvraagprocedure voor een gecombineerde vergunning voor onderdanen van derde landen om te verblijven en te werken op het grondgebied van een lidstaat, alsmede inzake een gemeenschappelijk pakket rechten voor werknemers uit derde landen die legaal in een lidstaat verblijven

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd.



WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST
KANSELARIJ VAN DE EERSTE MINISTER

[2016/203664]

17 JUNI 2016. — Samenwerkingsakkoord tussen de Vlaamse Gemeenschap, het Waalse Gewest, de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Duitstalige Gemeenschap houdende omzetting in de gezinsbijslagwetgeving van de Richtlijn 2011/98/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende één enkele aanvraagprocedure voor een gecombineerde vergunning voor onderdanen van derde landen om te verblijven en te werken op het grondgebied van een lidstaat, alsmede inzake een gemeenschappelijk pakket rechten voor werknemers uit derde landen die legaal in een lidstaat verblijven

Gelet op artikel 23 van de Grondwet;

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 94, § 1bis, ingevoegd door artikel 44 van de bijzondere wet van 6 januari 2014 met betrekking tot de Zesde Staatshervorming;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 60sexies, ingevoegd door artikel 37 van de wet van 19 april 2014 tot wijziging van de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap;

Gelet op de wet van 4 april 2014 tot wijziging van de samengeordende wetten van 19 december 1939 betreffende de kinderbijslag voor loonarbeiders (algemene kinderbijslagwet);

Gelet op het bijzondere decreet van de Franse Gemeenschap van 3 april 2014 betreffende de bevoegdheden van de Franse Gemeenschap waarvan de uitoefening naar het Waalse Gewest en de Franse Gemeenschapscommissie wordt overgedragen, en het decreet van het Waalse Gewest van 11 april 2014 betreffende de bevoegdheden van de Franse Gemeenschap waarvan de uitoefening aan het Waalse Gewest en aan de Franse Gemeenschapscommissie overgedragen wordt;

Gelet op het overleg gehouden op 8 december 2015 in de schoot van het Beheerscomité van FAMIFED;

Gelet op het voorstel nr. 250 van het Beheerscomité van FAMIFED;

Overwegende dat de Richtlijn 2011/98 EU het voor werknemers uit derde landen mogelijk maakt om via één enkele procedure een verblijfs- en arbeidsvergunning te verkrijgen en dat deze richtlijn er toe strekt een duidelijke reeks voorschriften vast te stellen voor onderdanen uit derde landen die legaal in de EU werken of mogen werken, zodat zij onder meer met betrekking tot de sociale zekerheid gemeenschappelijke rechten genieten die vergelijkbaar zijn met de rechten van EU-burgers;

Overwegende de verplichting die op België rust inzake de omzetting van de Europese richtlijnen,

Tussen :

de Vlaamse Gemeenschap, vertegenwoordigd door de Minister-President en de Minister van Welzijn, Volksgezondheid en Gezin;

het Waalse Gewest, vertegenwoordigd door de Minister-President en de Minister van Openbare Werken, Gezondheidszorg, Maatschappelijk Welzijn en Patrimonium;

de Duitstalige Gemeenschap, vertegenwoordigd door de Minister-President en de Minister van Familie, Gezondheid en Sociale Zaken;

de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie, vertegenwoordigd door de Voorzitter van het Verenigd College van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en de Leden van het Verenigd College, bevoegd voor het beleid inzake Bijstand aan personen, het Gezinsbeleid en de Filmkeuring,

is overeengekomen wat volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Wetswijzigingen*

Artikel 1. Dit hoofdstuk voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de Richtlijn 2011/98/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende één enkele aanvraagprocedure voor een gecombineerde vergunning voor onderdanen van derde landen om te verblijven en te werken op het grondgebied van een lidstaat, alsmede

SERVICE PUBLIC FEDERAL
CHANCELLERIE DU PREMIER MINISTRE

[2016/203664]

17 JUIN 2016. — Accord de coopération entre la Communauté flamande, la Région wallonne, la Commission communautaire commune et la Communauté germanophone concernant la transposition dans la législation des prestations familiales de la Directive 2011/98/UE du Parlement européen et du Conseil du 13 décembre 2011 établissant une procédure de demande unique en vue de la délivrance d'un permis unique autorisant les ressortissants de pays tiers à résider et à travailler sur le territoire d'un Etat membre et établissant un socle commun de droits pour les travailleurs issus de pays tiers qui résident légalement dans un Etat membre

Vu l'article 23 de la Constitution;

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 94, § 1^{er}bis, inséré par l'article 44 de la loi spéciale du 6 janvier 2014 relative à la Sixième Réforme de l'Etat;

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, l'article 60sexies, inséré par l'article 37 de la loi du 19 avril 2014 modifiant la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone;

Vu la loi du 4 avril 2014 portant modification des lois coordonnées du 19 décembre 1939 relatives aux allocations familiales pour travailleurs salariés (loi générale relative aux allocations familiales);

Vu le décret spécial de la Communauté française du 3 avril 2014 relatif aux compétences de la Communauté française dont l'exercice est transféré à la Région wallonne et à la Commission communautaire française, et le décret de la Région wallonne du 11 avril 2014 relatif aux compétences de la Communauté française dont l'exercice est transféré à la Région wallonne et à la Commission communautaire française;

Vu la concertation organisée le 8 décembre 2015 au sein du Comité de gestion de FAMIFED;

Vu la proposition n° 250 du Comité de gestion de FAMIFED;

Considérant que la Directive 2011/98 EU permet aux travailleurs de pays tiers d'obtenir un permis de séjour et de travail par le biais d'une seule procédure et que cette directive vise à fixer une série claire de prescriptions pour les ressortissants des pays tiers qui travaillent ou peuvent travailler légalement dans l'UE, de sorte qu'ils bénéficient, notamment en matière de sécurité sociale, de droits communautaires qui sont comparables à ceux des citoyens de l'UE;

Considérant l'obligation qui pèse sur la Belgique de transposer les directives européennes,

Entre :

la Communauté flamande, représentée par le Ministre-Président et le Ministre du Bien-Etre, de la Santé publique et de la Famille;

la Région wallonne, représentée par le Ministre-Président et le Ministre des Travaux publics, de la Santé, de l'Action sociale et du Patrimoine;

la Communauté germanophone, représentée par le Ministre-Président et le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales;

la Commission communautaire commune, représentée par le Président du Collège réuni de la Commission communautaire commune et les Membres du Collège Réuni, compétents pour la politique de l'Aide aux personnes, les prestations familiales et le Contrôle des films,

a été convenu ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Modifications légales*

Article 1^{er}. Le présent chapitre tend à la transposition partielle de la Directive 2011/98/UE du Parlement européen et du Conseil du 13 décembre 2011 établissant une procédure de demande unique en vue de la délivrance d'un permis unique autorisant les ressortissants de pays tiers à résider et à travailler sur le territoire d'un Etat membre, et

Voor de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie :

De Voorzitter van het Verenigd College
van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie,
R. VERVOORT

Lid van het Verenigd College,
bevoegd voor het beleid inzake Bijstand aan personen,
het Gezinsbeleid en de Filmkeuring,
Mevr. C. FREMAULT

Lid van het Verenigd College,
bevoegd voor het beleid inzake Bijstand aan personen,
het Gezinsbeleid en de Filmkeuring,
P. SMET

Pour la Commission communautaire commune :

Le Président du Collège réuni
de la Commission communautaire commune,
R. VERVOORT

Le Membre du Collège réuni,
compétente pour la politique de l'Aide aux personnes,
les prestations familiales et le Contrôle des films,
Mme C. FREMAULT

Le Membre du Collège réuni,
compétent pour la politique de l'Aide aux personnes,
les prestations familiales et le Contrôle des films,
P. SMET

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST KANZLEI DES PREMIERMINISTERS

[2016/203664]

17. JUNI 2016 — Entwurf eines Zusammenarbeitsabkommens zwischen der Flämischen Gemeinschaft, der Wallonischen Region, der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Deutschsprachigen Gemeinschaft bezüglich der Umsetzung innerhalb der Gesetzgebung der Familienleistungen der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten

Unter Hinweis auf Artikel 23 der Verfassung;

Unter Hinweis auf das Sondergesetz vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 94, § 1bis, eingefügt durch Artikel 44 des Sondergesetzes vom 6. Januar 2014 über die Sechste Staatsreform;

Unter Hinweis auf das Gesetz vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 60sexies, eingefügt durch Artikel 37 des Gesetzes vom 19. April 2014 zur Abänderung des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Unter Hinweis auf das Gesetz vom 4. April 2014 zur Abänderung der koordinierten Gesetze vom 19. Dezember 1939 über die Familienbeihilfen für Lohnempfänger (Allgemeines Familienbeihilfengesetz);

Unter Hinweis auf das Sonderdekret der Französischen Gemeinschaft vom 3. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird und das Dekret der Wallonischen Region vom 11. April 2014 über die Befugnisse der Französischen Gemeinschaft, deren Ausübung an die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaftskommission übertragen wird;

Unter Hinweis auf die Beratung vom 8. Dezember 2015 innerhalb des Verwaltungsausschusses von FAMIFED;

Unter Hinweis auf den Vorschlag Nr. 250 des Verwaltungsausschusses von FAMIFED;

In der Erwägung, dass die Richtlinie 2011/98/EU es den Drittstaatsarbeitnehmern ermöglicht über ein einheitliches Verfahren eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu erhalten, und dass diese Richtlinie zur Feststellung einer deutlichen Reihe von Vorschriften für Drittstaatsangehörige, die rechtmäßig in der EU arbeiten (dürfen), dient, damit sie gemeinschaftliche Rechte ähnlich wie die Rechte der EU-Bürger, unter anderem in Bezug auf die Soziale Sicherheit, genießen können.

In der Erwägung der auf Belgien ruhenden Verpflichtung, die europäischen Richtlinien umzusetzen;

die Flämische Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie;

die Wallonische Region, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für öffentliche Arbeiten, Gesundheit, Soziales Wohlbefinden und Kulturerbe;

die Deutschsprachige Gemeinschaft, vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Minister für Familie, Gesundheit und Soziales;

die Gemeinsame Gemeinschaftskommission, vertreten durch den Vorsitzenden des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission und die Mitglieder des Vereinigten Kollegiums, zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienleistungen und Filmzensur;

haben Folgendes vereinbart:

KAPITEL 1 — Gesetzesänderungen

Artikel 1 - Dieses Kapitel bestimmt die teilweise Umsetzung der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten.

Art. 2 - Artikel 56sexies, § 1, Absatz 2 des Allgemeinen Familienbeihilfengesetzes vom 19. Dezember 1939 (AFBG), geändert durch das Gesetz vom 4. April 2014 wird durch die Bestimmung unter Punkt 6 ergänzt:

«6. die Drittstaatsarbeitnehmer sind, die sich zu Arbeitszwecken aufhalten dürfen oder die arbeiten dürfen im Sinne des Artikels 3, Absatz 1, Buchstaben b und c der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, vorausgesetzt:

a) sie stehen in einem Beschäftigungsverhältnis oder waren mindestens sechs Monate beschäftigt und sind als arbeitslos gemeldet im Sinne des Artikels 12, Absatz 2, Buchstabe b, erster Satz der genannten Richtlinie;

b) und gehören nicht zu den Kategorien von Drittstaatsangehörigen im Sinne des Artikels 12, Absatz 2, Buchstabe b, Satz 2 der genannten Richtlinie.»

Art. 3 - Artikel 1, Absatz 7 des Gesetzes vom 20. Juli 1971 zur Einführung garantierter Familienleistungen, geändert durch das Gesetz vom 21. Dezember 2013, wird durch die Bestimmung unter Punkt 6 ergänzt:

«6. Drittstaatsarbeitnehmer, die sich zu Arbeitszwecken aufhalten dürfen oder die arbeiten dürfen im Sinne des Artikels 3, Absatz 1, Buchstaben b und c der Richtlinie 2011/98/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über ein einheitliches Verfahren zur Beantragung einer kombinierten Erlaubnis für Drittstaatsangehörige, sich im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufzuhalten und zu arbeiten, sowie über ein gemeinsames Bündel von Rechten für Drittstaatsarbeitnehmer, die sich rechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhalten, vorausgesetzt:

a) sie stehen in einem Beschäftigungsverhältnis oder waren mindestens sechs Monate beschäftigt und sind als arbeitslos gemeldet im Sinne des Artikels 12, Absatz 2, Buchstabe b, erster Satz der genannten Richtlinie;

b) und gehören nicht zu den Kategorien von Drittstaatsangehörigen im Sinne des Artikels 12, Absatz 2, Buchstabe b, Satz 2 der genannten Richtlinie.»

KAPITEL 2 — Inkrafttreten des Zusammenarbeitsabkommens

Art. 4 - Dieses Zusammenarbeitsabkommen wird wirksam mit 1. Juli 2016 nach Genehmigung der zuständigen Gesetzgeber.

Unterzeichnet in Brüssel, am 17. Juni 2016, in einer Originalausfertigung in deutscher, französischer und niederländischer Sprache, die beim zentralen Sekretariat des Konzertierungsausschusses, verantwortlich für die beglaubigten Abschriften und die Veröffentlichung im Belgischen Staatsblatt, deponiert wird.

Für die Flämische Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident der flämischen Regierung

G. BOURGEOIS

Der Minister für Wohlfahrt, Volksgesundheit und Familie

J. VANDEURZEN

Für die Wallonische Region:

Der Ministerpräsident der wallonischen Regierung

P. MAGNETTE

Der Minister für öffentliche Arbeiten, Gesundheit, soziale Maßnahmen und Kulturerbe

M. PREVOT

Für die Deutschsprachige Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident der Deutschsprachigen Gemeinschaft

O. PAASCH

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales der Deutschsprachigen Gemeinschaft

A. ANTONIADIS

Für die Gemeinsame Gemeinschaftskommission:

Der Vorsitzender des Vereinigten Kollegiums der Gemeinsamen Gemeinschaftskommission

R. VERVOORT

Die Mitglied des Vereinigten Kollegiums,
zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienleistungen und Filmzensur

Frau C. FREMAULT

Der Mitglied des Vereinigten Kollegiums,
zuständig für die Unterstützung der Personen, Familienleistungen und Filmzensur

F. SMET

FEDERALE OVERHEIDSDIENST WERKGELEGENHEID, ARBEID EN SOCIAAL OVERLEG

[2016/203721]

10 JULI 2016. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 5 juli 2004 betreffende de erkenning van havenarbeiders in de havengebieden die onder het toepassingsgebied vallen van de wet van 8 juni 1972 betreffende de havenarbeid (1)

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de Grondwet, artikel 108;

Gelet op de wet van 5 december 1968 betreffende de collectieve arbeidsovereenkomsten en de paritaire comités, artikel 49;

Gelet op de wet van 8 juni 1972 betreffende de havenarbeid, artikel 3, eerste lid;

Gelet op het koninklijk besluit van 5 juli 2004 betreffende de erkenning van havenarbeiders in de havengebieden die onder het toepassingsgebied vallen van de wet van 8 juni 1972 betreffende de havenarbeid;

Gelet op het koninklijk besluit van 6 juli 2016 tot wijziging van het koninklijk besluit van 5 juli 2004 betreffende de erkenning van havenarbeiders in de havengebieden die onder het toepassingsgebied vallen van de wet van 8 juni 1972 betreffende de havenarbeid;

SERVICE PUBLIC FEDERAL EMPLOI, TRAVAIL ET CONCERTATION SOCIALE

[2016/203721]

10 JUILLET 2016. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 5 juillet 2004 relatif à la reconnaissance des ouvriers portuaires dans les zones portuaires tombant dans le champ d'application de la loi du 8 juin 1972 organisant le travail portuaire (1)

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la Constitution, l'article 108;

Vu la loi du 5 décembre 1968 sur les conventions collectives de travail et les commissions paritaires, l'article 49;

Vu la loi du 8 juin 1972 sur le travail portuaire, l'article 3, alinéa 1^{er};

Vu l'arrêté royal du 5 juillet 2004 relatif à la reconnaissance des ouvriers portuaires dans les zones portuaires tombant dans le champ d'application de la loi du 8 juin 1972 organisant le travail portuaire;

Vu l'arrêté royal du 6 juillet 2016 modifiant l'arrêté royal du 5 juillet 2004 relatif à la reconnaissance des ouvriers portuaires dans les zones portuaires tombant dans le champ d'application de la loi du 8 juin 1972 organisant le travail portuaire;

inzake een gemeenschappelijk pakket rechten voor werknemers uit derde landen die legaal in een lidstaat verblijven.

Art. 2. Artikel 56sexies, § 1, tweede lid, van de algemene kinderbijslagwet van 19 december 1939 (AKBW), gewijzigd bij de wet van 4 april 2014, wordt aangevuld met de bepaling onder 6°, luidende :

« 6° die een werknemer uit een derde land is die is toegelaten met het oog op werk of die mag werken zoals bedoeld in artikel 3, paragraaf 1, onder b) en c), van de Richtlijn 2011/98/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende één enkele aanvraagprocedure voor een gecombineerde vergunning voor onderdanen van derde landen om te verblijven en te werken op het grondgebied van een lidstaat, alsmede inzake een gemeenschappelijk pakket rechten voor werknemers uit derde landen die legaal in een lidstaat verblijven, op voorwaarde dat :

a) hij in loondienst is of ten minste gedurende zes maanden in loondienst is geweest en als werkloos geregistreerd staat in de zin van artikel 12, punt 2, onder b), eerste lid, van de voormelde richtlijn;

b) en niet behoort tot een van de categorieën van onderdanen van derde landen in de zin van artikel 12, punt 2, onder b), tweede lid, van de voormelde richtlijn. »

Art. 3. Artikel 1, zevende lid, van de wet van 20 juli 1971 tot instelling van gewaarborgde gezinsbijslag, gewijzigd bij de wet van 21 december 2013, wordt aangevuld met de bepaling onder 6°, luidende :

« 6° de werknemer uit een derde land die is toegelaten met het oog op werk of die mag werken zoals bedoeld in artikel 3, paragraaf 1, onder b) en c), van de Richtlijn 2011/98/EU van het Europees Parlement en de Raad van 13 december 2011 betreffende één enkele aanvraagprocedure voor een gecombineerde vergunning voor onderdanen van derde landen om te verblijven en te werken op het grondgebied van een lidstaat, alsmede inzake een gemeenschappelijk pakket rechten voor werknemers uit derde landen die legaal in een lidstaat verblijven, op voorwaarde dat :

a) hij in loondienst is of ten minste gedurende zes maanden in loondienst is geweest en als werkloos geregistreerd staat in de zin van artikel 12, punt 2, onder b), eerste lid, van de voormelde richtlijn;

b) en niet behoort tot een van de categorieën van onderdanen van derde landen in de zin van artikel 12, punt 2, onder b), tweede lid, van de voormelde richtlijn. »

HOOFDSTUK 2. — Inwerkingtreding van het samenwerkingsakkoord

Art. 4. Dit samenwerkingsakkoord heeft uitwerking met ingang van 1 juli 2016 na goedkeuring door de respectievelijke bevoegde wetgevers.

Getekend te Brussel, op 17 juni 2016, in één origineel exemplaar in de Nederlandse, Franse en Duitse taal, dat zal worden gedeponneerd bij de Centrale Secretarie van het Overlegcomité dat zal instaan voor de eensluidend verklaarde afschriften en de publicatie in het *Belgisch Staatsblad*.

Voor de Vlaamse Gemeenschap :

De Minister-President van de Vlaamse Regering,
G. BOURGEOIS

De Minister van Welzijn, Volksgezondheid en Gezin,

J. VANDEURZEN

Voor het Waalse Gewest :

De Minister-President van de Waalse Regering,
P. MAGNETTE

De Minister van Openbare Werken, Gezondheidszorg,
Sociale Actie en Patrimonium,
M. PREVOT

Voor de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President van de Regering
van de Duitstalige Gemeenschap,
O. PAASCH

De Minister van Gezin,
Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
A. ANTONIADIS

établisant un socle commun de droits pour les travailleurs issus de pays tiers qui résident légalement dans un Etat membre.

Art. 2. A l'article 56sexies, § 1^{er}, alinéa 2 de la loi générale relative aux allocations familiales du 19 décembre 1939 (LGAF), modifié par la loi du 4 avril 2014, il est inséré un point 6° rédigé comme suit :

« 6° qui est travailleur issu d'un pays tiers admis au fin de travailler ou autorisé à travailler dans un Etat membre conformément à l'article 3, paragraphe 1^{er}, points b) et c) de la Directive 2011/98/UE du Parlement et du Conseil du 13 décembre 2011 établissant une procédure de demande unique en vue de la délivrance d'un permis unique autorisant les ressortissants de pays tiers à résider et à travailler sur le territoire d'un Etat membre, et établissant un socle commun de droits pour les travailleurs issus de pays tiers qui résident légalement dans un Etat membre, à condition :

a) qu'il occupe un emploi ou qu'il ait occupé un emploi pendant une période minimale de six mois et soit inscrit comme demandeurs d'emploi au sens de l'article 12, paragraphe 2, point b), alinéa 1^{er}, de la directive précitée;

b) et qui ne fait pas partie d'une des catégories de ressortissant de pays tiers au sens de l'article 12, paragraphe 2, point b), alinéa 2, de la directive précitée. »

Art. 3. A l'article 1^{er}, alinéa 7, de la loi du 20 juillet 1971 instituant des prestations familiales garanties, modifié par la loi du 21 décembre 2013, est complété par un point 6° rédigé comme suit :

« 6° le travailleur issu d'un pays tiers qui est admis au fin de travailler ou qui est autorisé à travailler dans un Etat membre conformément à l'article 3, paragraphe 1^{er}, points b) et c) de la Directive 2011/98/UE du Parlement et du Conseil du 13 décembre 2011 établissant une procédure de demande unique en vue de la délivrance d'un permis unique autorisant les ressortissants de pays tiers à résider et à travailler sur le territoire d'un Etat membre, et établissant un socle commun de droits pour les travailleurs issus de pays tiers qui résident légalement dans un Etat membre, à condition :

a) qu'il occupe un emploi ou qu'il ait occupé un emploi pendant une période minimale de six mois et soit inscrit comme demandeurs d'emploi au sens de l'article 12, paragraphe 2, point b), alinéa 1^{er}, de la directive précitée;

b) et qui ne fait pas partie d'une des catégories de ressortissant de pays tiers au sens de l'article 12, paragraphe 2, point b), alinéa 2, de la directive précitée. »

CHAPITRE 2. — Entrée en vigueur de l'accord de coopération

Art. 4. Le présent accord de coopération produit ses effets le 1^{er} juillet 2016 après approbation par les législateurs compétents respectifs.

A Bruxelles, le 17 juin 2016, en un seul exemplaire original en français, en néerlandais et en allemand, qui sera déposé au Secrétariat central du Comité de concertation qui se chargera des copies certifiées conformes et de la publication au *Moniteur belge*.

Pour la Communauté flamande :

Le Ministre-Président du Gouvernement flamand,
G. BOURGEOIS

Le Ministre du Bien-être,
de la Santé publique et de la Famille,
J. VANDEURZEN

Pour la Région wallonne :

Le Ministre-Président du Gouvernement wallon,
P. MAGNETTE

Le Ministre des Travaux publics, de la Santé,
de l'Action sociale et du Patrimoine,
M. PREVOT

Pour la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président du Gouvernement
de la Communauté germanophone,
O. PAASCH

Le Ministre de la Famille,
de la Santé et des Affaires sociales,
A. ANTONIADIS